

**Redebeitrag von BIBS-Ratsfrau Silke Arning zu TOP 4.3:
Braunschweig – ein Sicherer Hafen**

Verehrtes Präsidium, Liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

Wir als BIBS Fraktion haben uns bereits im Ausschuss für Vielfalt und Integration klar gegen diesen Antrag positioniert, und das tun wir selbstverständlich auch heute hier im Rat.

In einer Zeit, in der sich einerseits die Beweggründe für Menschen weltweit, sich auf die Flucht zu begeben, immer mehr verschärfen,

und diese Beweggründe sind die sich zuspitzende Klimakrise, Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit in den Heimatländern, um nur einige zu nennen,

und in einer Zeit, in der sich andererseits in vielen Teilen der Welt ein politischer Rechtsruck vollzieht...

Ausgerechnet in so einer Zeit ist die Forderung, aus der Allianz der sicheren Häfen auszutreten, ein unerträgliches Anbieten an rechtspopulistische Bestrebungen.

Die CDU argumentiert dabei mit populistischen Scheinargumenten und stellt die private Seenotrettung als einen Anreiz für Flüchtende dar, die Fahrt über das Mittelmeer zu wagen, und behauptet außerdem, dass die Seenotrettung das Schlepperwesen fördere. Beides ist perfide und nachgewiesener Maßen falsch.

Es ist durch mehrere Studien bewiesen, dass Menschen die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer in unsicheren Booten unabhängig davon antreten, ob zivile Seenotrettungsschiffe im Einsatz sind. Humanitäre Organisationen, die Such- und Rettungsaktionen auf See durchführen, bewahren jedes Jahr Hunderte von Menschen

vor dem Ertrinken. Humanitäre Maßnahmen sind nicht die Ursache dieser fatalen Situation, sondern eine Reaktion darauf.

Die in der Bundesrepublik wahrnehmbare Wende in der Migrationspolitik führt die CDU in ihrem Antrag gleichermaßen auf ihre eigene konsequente Oppositionspolitik und auf das Erstarken Rechtspopulistischer Bestrebungen zurück. Anstatt genau diese thematische Übereinstimmung als Warnsignal zu begreifen, setzt sie mit ihrem unsäglichen Antrag noch einen drauf und vertieft diese populistische Kerbe.

Es droht eine Erosion der Menschlichkeit und eine Erosion der Solidarität mit Menschen in Not.

Wir lehnen das konsequent ab und erwarten hier heute eine eindeutige Positionierung gegen diesen Antrag.